

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 18 (1926)
Heft: 1

Artikel: Warum eine Gewerkschaftsbank?
Autor: Weber, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352204>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 21.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nicht die Parolen der dritten Internationale zugrunde legen.

Zum Schluss betonen wir denn noch ganz nachdrücklich, dass die schweizerischen Gewerkschaften dringlichere Aufgaben haben, als jahraus jahrein über diese imaginäre Einheitsfront und über die Notwendigkeit der Entsendung einer Delegation nach Russland zu diskutieren. Halten wir einmal Umschau im eigenen Lande, vervollständigen wir hier die Einheitsfront der Arbeiter, überhaupt der Unselbständigerwerbenden, unterrichten wir uns über die Schwierigkeiten, die unserer Arbeit in Stadt und Land gegenüberstehen. Befassen wir uns in den Versammlungen mit den Fragen der *schweizerischen* Wirtschafts- und Sozialpolitik. Vervollständigen wir da unser Wissen und unsere Einsicht. Das ist das erste, das zweite und das dritte Erfordernis einer zielbewussten Gewerkschaftspolitik.



Warum eine Gewerkschaftsbank?

Von Max Weber, St. Gallen.

1. Die Arbeiterbewegung hat keine Leute, die für die Leitung der Wirtschaft befähigt und vorgebildet sind. Sie hat wohl politische und gewerkschaftliche Führer, aber sie hat keine Führer im Wirtschaftsleben. Das hat sich überall, wo Sozialisierungsversuche gemacht worden sind, schwer gerächt. Man kann wohl damit rechnen, dass bei einem Sieg des Sozialismus manche Leiter der kapitalistischen Wirtschaft zur Arbeiterbewegung übertreten werden. Diese Leute werden aber nicht zuverlässig sein. Ein grosser Teil wird den sozialistischen Aufbau zu sabotieren versuchen. Auf jeden Fall werden die zu uns stossenden Kräfte nicht genügen, um das Wirtschaftsleben in Gang zu halten, und noch viel weniger, um es neu zu organisieren. Wir müssen daher heute schon vorsorgen durch die Ausbildung geeigneter Kräfte. Bloss theoretische Schulung genügt indessen nicht, es braucht auch praktische Erfahrung. In privatkapitalistischen Unternehmungen ist es aber beinahe vollständig ausgeschlossen, dass ein sozialistischer Gesinnter in eine leitende Stellung befördert wird. Als Möglichkeit zur Erwerbung der nötigen Erfahrungen bleiben daher nur noch Stellen in öffentlich-rechtlichen Betrieben und in Staats- und Gemeindeverwaltungen (aber auch da nur, wo die Arbeiterschaft so stark ist, dass sie ihre eigenen Vertreter wählen kann) und ferner in eigenen Unternehmungen der Arbeiterschaft. Die erste Möglichkeit ist ausserordentlich beschränkt. Die zweite ist bisher noch fast gar nicht benutzt worden. Die Genossenschaftsbewegung ist zum grössten Teil in bürgerlichen Händen. Gerade von den leitenden Funktionen sind Vertreter der Arbeiterschaft ausgeschlossen. Und was die Gewerkschaftsbewegung betrifft, so bieten die wenigsten Posten einen so tiefen Einblick ins wirtschaftliche Leben, wie zur Ausbildung und Wirtschaftsführung notwendig wäre.

Es ergibt sich daraus, dass die Arbeiterschaft *jede Gelegenheit benutzen muss, um sich im Wirtschaftsprozess zu beteiligen*, indem sie überall versucht, ihre Vertreter in alle Stellungen des Wirtschaftslebens einzubringen, indem sie aber auch versucht, soweit das möglich ist, *eigene Wirtschaftsbetriebe zu errichten*.

2. In der Arbeiterschaft herrschen ganz irrthümliche Anschauungen über die kapitalistische Wirtschaft und ihre Ueberleitung in die sozialistische. Die meisten Arbeiter haben keine Ahnung vom Wirtschaftsleben. Bis hinauf in die Führerkreise kann man da und dort ganz phantastische Ansichten hören über wichtige Fragen wie zum Beispiel das Geld- und Zinsproblem. Niemand wird bestreiten wollen, dass diese weit herum herr-

schende Unkenntnis in wirtschaftlichen Dingen ein grosses Hemmnis bildet für die Entwicklung zur sozialistischen Wirtschaftsordnung. Wir sind ja in der Schweiz heute noch nicht so weit, positive wirtschaftspolitische Massnahmen zur Einleitung der Sozialisierung zu treffen. Wenn das aber einmal der Fall sein wird, so steht zu befürchten, dass die unaufgeklärten Massen der Arbeiterschaft der Sektiererei (wie Freiland-Freigeld, Mundismus, Kommunismus) in die Hände fallen, was zu neuen Spaltungen führen und die Stosskraft der Arbeiterbewegung lähmen müsste. Aber auch in der Gegenwart ergeben sich viele Nachteile aus der mangelnden Einsicht der Arbeiterschaft. So sind zum Beispiel einzelne Fehler der Genossenschaftsbewegung sowie die Spannung zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften zu einem grossen Teil auf diesen Grund zurückzuführen.

Wie kann dem vorgebeugt werden? Selbstverständlich ist die *wirtschaftliche Schulung* notwendiger denn je und sie muss immer weitere Kreise erfassen. Die bloss theoretische Theorie genügt aber nicht. Die Arbeiterschaft muss auch den nötigen *Anschauungsunterricht* erhalten, d. h. sie muss den Gang der Entwicklung aus der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft in der Praxis selbst verfolgen können. Dazu dienen gemeinwirtschaftliche Unternehmungen aller Art, in erster Linie natürlich solche, die von Arbeiterorganisationen kontrolliert werden.

Auch von diesem Gesichtspunkt aus ergibt sich die Forderung nach dem Ausbau der vorhandenen und nach Schaffung neuer gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen, die dem Einfluss der Arbeiterorganisationen direkt unterstehen.

3. Nachdem lange Zeit die Frage des Ueberganges der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaft nur theoretisch diskutiert worden war und zu den grössten Meinungsdivergenzen Anlass gegeben hatte, so beginnt sich dank den gemachten Erfahrungen bei erfolgreichen und gescheiterten Sozialisierungsversuchen immer mehr eine klarer umrissene Vorstellung zu bilden über die Art und Weise wie dieser Uebergang sich vollziehen wird und wie er durch aktives Eingreifen gefördert werden kann. Diese Vorstellung enthält vor allem den äusserst wichtigen Gedanken, dass die Einführung der sozialistischen Wirtschaft nicht durch eine plötzliche Umwälzung möglich ist, sondern durch allmähliches Ausbreiten und Ueberhandnehmen gemeinwirtschaftlicher Zellen erreicht wird. Diese Wirtschaftsentwicklung kann durch politische und gewerkschaftliche Eingriffe wohl gefördert, aber nicht erzwungen werden. Sie setzt vor allem auch eine entsprechende geistige Weiterentwicklung der Arbeiterschaft voraus.

Die Förderung dieser voraussichtlichen Entwicklung muss das unablässige Bestreben der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen sein. Das wird ja auch getan, soweit es den Kampf um die Einflussnahme in Staat und Gemeinde und ihren gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen betrifft. Das geschieht grösstenteils auch in der Genossenschaftsbewegung. Was aber bisher vernachlässigt wurde, das ist die Schaffung eigener gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen. Das ist durchaus begreiflich, und die Zurückhaltung in dieser Hinsicht war gewiss auch meistens am Platze. Die Erfahrungen, die mit Produktivgenossenschaften gemacht worden sind, sprechen deutlich genug. Soweit die Gründe, die an den misslichen Erfahrungen mit den Produktivgenossenschaften schuld sind, *innerer Natur sind* (ungeschickte Führung, mangelnde Einsicht der darin beschäftigten Arbeiter usw.), so sprechen sie aber eher *für eine vermehrte aktive Betätigung* der Arbeiterschaft in der Wirtschaft. Wo *äussere Schwierigkeiten* (Kapitalmangel, Boykott und

dergleichen) die Produktivgenossenschaften hemmen und zugrunde richten, so ist es häufig darauf zurückzuführen, dass die Gründung solcher gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen von zufälligen Ereignissen (zum Beispiel Streiks) abhing, statt dass man planmässig vorging und nur in jenen Produktionsgebieten Experimente wagte, wo die Voraussetzungen (Unabhängigkeit von kapitalistischen Organisationen, kleiner Kapitalbedarf, gesicherter Absatz usw.) vorhanden war. Weit aus am besten eignet sich natürlich ein Wirtschaftsgebiet, wo nur ein Verkehr mit der Arbeiterschaft oder gar mit Arbeiterorganisationen in Betracht kommt, oder wo dieser Verkehr doch die Hauptstütze des Betriebes ausmacht, so dass ein Boykott der Kapitalisten wirkungslos wäre. Eine solche Gelegenheit kann die Arbeiterbank bieten, sofern sie von den Arbeiterorganisationen genügend finanzielle Mittel erhält und sofern ihr auch in ihrer aktiven Kreditpolitik ein genügend grosses Betätigungsfeld offen steht.

4. Die Arbeiterorganisationen, insbesondere die Gewerkschaften, sind in ihrem Geld- und Kapitalverkehr auf die Hilfe der typischsten Vertreter der kapitalistischen Wirtschaft, der Banken, angewiesen. Tausende, ja Millionen von Franken fliessen aus den Taschen der Arbeiter in die Kanäle der Wirtschaft, die wir grundsätzlich bekämpfen, und sie werden zu Zwecken verwendet, denen wir in vielen Fällen nie zustimmen würden, wenn wir Kenntnis davon hätten. Aber nicht nur das. Die Mittel unserer Kampforganisationen werden *direkt dem Gegner ausgeliefert*, der es also jederzeit in der Hand hat, durch Sperrung der Guthaben den Arbeiterorganisationen den Kampf zu verunmöglichen. Wenn bisher noch keine derartigen Erfahrungen gemacht worden sind, so rührt das davon her, dass es bei den bisherigen Fällen der Inanspruchnahme grosser Mittel nie ums Ganze gegangen ist. Wenn die Banken einmal das Empfinden haben, dass es dem Kapitalismus ernstlich an den Kragen geht, so werden sie sicher nicht noch Geld zu diesem Zwecke zur Verfügung stellen.

Gleichzeitig müssen wir es andererseits erleben, dass Gemeinwesen, die sich sozialpolitisch stark betätigen, von den Banken der Kredit gesperrt wird, dass Genossenschaften aus Mangel an Betriebskapital sich nicht ausdehnen können und ständig zu leiden haben unter den teuren Betriebsmitteln. Ist es da nicht widersinnig, wenn die Arbeiterorganisationen ihre Mittel den Kapitalisten zur Verfügung stellen, die allem, was einen sozialen oder gemeinwirtschaftlichen Anstrich hat, Hemmnis in den Weg legen? Nun kommt es ja heute schon vor, dass Gewerkschaftsverbände und Gewerkschaftssektionen diesem Widersinn abzuweichen suchen, indem sie einen Teil ihrer verfügbaren Mittel in Genossenschaften hineinstecken. Das ist aber unbedingt eine unrichtige und sehr gefährliche Politik, sobald es sich um verhältnismässig grosse Summen handelt. In der Regel bedeutet das eine ganz illiquide Anlage, die nicht zurückgezogen werden kann, wenn diese Mittel einmal plötzlich benötigt werden. So muss sich zum Beispiel eine Gewerkschaft, die 20,000 Franken bei der Druckerei eines Arbeiterblattes anlegt, zum vornherein klar sein, dass sie im Falle eines Streiks oder bei irgendeiner andern Gelegenheit, wo sie sofort grosse Mittel braucht, mit diesem festgelegten Kapital gar nicht rechnen darf. Es wird wohl verzinst werden, steht aber nicht zur Verfügung für die gewerkschaftlichen Aktionen. Andererseits ist es heute unbedingt nötig, dass die Arbeiterorganisationen die genossenschaftlichen Unternehmungen der Arbeiterschaft unterstützen, denn wer soll es sonst tun?

Das ist möglich durch Errichtung eines Bankinstitutes, das als Vermittler zwischen den Anlage su-

chenden Gewerkschaften und den kapitalbedürftigen Wirtschaftsbetrieben der Arbeiterschaft dienen kann. Eine solche Bank wird auch die Risiken ausgleichen und die Liquidität sichern können. Sie ist vor allem auch viel besser imstande, die finanzielle Lage der Unternehmungen, in die sie Kapital hineinsteckt, genau zu prüfen, die nötigen Sicherheiten zu verlangen und eventuell bei ungesunder Finanzgebarung einzugreifen und eine Sanierung zu veranlassen. Das wäre von grossem Vorteil für die Geld gebenden Gewerkschaften, denen grössere Sicherheit gewährt wird, wie für derartige wirtschaftliche Unternehmungen, denen eine gewisse Kontrolle durch wirtschafts- und finanzkundige Fachleute nur nützen kann. Eine solche Arbeiterbank würde somit zu einer *wirtschaftlichen Zentralstelle der Arbeiterbewegung*. Sie könnte hier anregen und befruchten, dort warnen und zurückhalten, sie würde überhaupt dem wirtschaftlichen Aufbau die Richtung geben. Sie würde vor allem auch imstande sein, beispielsweise Konjunkturerschütterungen, wichtige Vorgänge auf dem Geld- und Kapitalmarkt schneller und besser zu beurteilen als einzelne kleine Unternehmungen, denen dann ein Warnungssignal gegeben werden könnte.

5. Unter den mehr als drei Milliarden Franken Spargeldern, die in der Schweiz vorhanden sind, sind sicher gewaltige Summen, die im Besitz von Arbeitern und Angestellten sind, die aber dadurch, dass sie in kapitalistischen Banken eingelegt werden, der Verfügung und Kontrolle der Arbeiterschaft entzogen und im Dienste ihrer Gegner verwendet werden. Diese Summen können aber für die Arbeiterbewegung selbst mobilisiert und zur Förderung der Gemeinwirtschaft verwendet werden. Nicht nur die Arbeitskraft und die Konsumkraft der Arbeiter muss organisiert werden, sondern auch ihre *Sparkraft*. Das ist eine sehr notwendige Ergänzung zur Expansion der Arbeiterbewegung auf das Gebiet der Wirtschaft.

Die angeführten Gründe sind wohl stichhaltig genug, um die Gründung einer Arbeiter- oder Gewerkschaftsbank an die Hand zu nehmen. Dabei ist selbstverständlich, dass mit der grössten Vorsicht vorzugehen ist. Ich werde später die wichtigsten Punkte, die bei einer solchen Gründung zu berücksichtigen sind, anführen.



Notizen.

Streikstrategie. In der Nummer 45 der «Arbeiterzeitung» erzählt Herr F. (Baumeisterverband) den aufhorchenden Lesern von der bis ins einzelne ausgefüllten Streikstrategie der Gewerkschaften. Wir lesen da: «Die Strategen sitzen unseres Erachtens nicht nur in den einzelnen Gewerkschaften, sondern vor allem im Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Alljährlich wird — wie man zu sagen pflegt — ein Feldzugsplan ausgearbeitet und auch durchgeführt, sofern nicht besondere Umstände dessen Abänderung verlangen.»

Herr F. glaubt, mit dieser von ihm konstruierten Streikstrategie der Gewerkschaften die Unternehmer zu einer ähnlichen Einheitsfront zu sammeln. In Wirklichkeit haben wir es bei dieser Streikstrategie mit einem ähnlichen Hirngespinnst zu tun, wie es gelegentlich in der kommunistischen Presse als auf Unternehmerseite bestehend, antreffen.

Die Methoden zur Herstellung der Einheitsfront scheinen demnach die gleichen zu sein auf dem äussersten rechten wie auf dem äussersten linken Flügel.

